

29.01.2017

Lübecker Nachrichten

## Der Kampf um die neue Steuer

**Tangstedt.** 900 000 Euro Minus in der Kasse, aber 700 Pferde im Dorf: Tangstedt in Stormarn, 6400 Einwohner. Im Sommer 2016 kam Kommunalpolitikern von SPD und Wählergemeinschaft BGT die Idee: Eine Pferdesteuer muss her. Tatsächlich dürfen die Kommunen nach dem deutschen Steuerrecht selbst Steuern festsetzen – dazu gehören etwa die Hundesteuer und die Zweitwohnungssteuer. Den Rahmen dafür geben die Länder im sogenannten Kommunalabgabengesetz vor.

Tangstedts geplante Pferdesteuer aber löste einen enormen Proteststurm aus. Jetzt hat sich sogar SPD-Ministerpräsident Torsten Albig offen gegen die Steuerpläne ausgesprochen. Tangstedts SPD-Fraktionschef Christoph Haesler verteidigt sie hingegen. Ohne die 100 000 Euro extra drohten höhere Kita-Gebühren, Hundesteuern oder weniger Gemeinde-Leistungen. 150 Euro Steuern seien für Pferdehalter, die pro Jahr 7620 Euro für die Unterbringung des Tieres zahlten, leistbar. Mitte Dezember wollte die Gemein-

devertretung die Steuer eigentlich beschließen. Die Satzung ist längst fertig, nur hauptberufliche Pferdehalter sollen ausgenommen bleiben. SPD und BGT aber wollen noch ein Rechtsgutachten der Gemeinde abwarten. Kritiker hatten argumentiert, die Steuer verstoße gegen das Verfassungsgebot zur Sportförderung und diskriminiere Frauen, die den Großteil der Reiter stellen. Tangstedt ist bisher die einzige Gemeinde im Land, die über eine Pferdesteuer debattiert. Bundesweit gibt es sie nur in drei hessischen Gemeinden. wh